



**Solidarité
sans frontières**

SEITEN 3-5

EU-Asylpolitik

Eine neue
Architektur der
Abschottung

SEITE 6

Todesfälle im Asylsystem

Nicht der Erste,
und auch nicht
der Letzte

SEITEN 7-10

Dossier: Nein zur 10-Millionen- Initiative

Die diskursive
Sackgasse ver-
lassen



Unser schönes Land

Vielleicht haben Sie die Debatten verfolgt oder sogar die Propaganda der SVP zur 10-Millionen-Initiative gelesen. Ist Ihnen dabei dieser eine Satz aufgefallen, der wie ein Refrain immer wiederkehrt? «Unser schönes Land», das es zu verteidigen, zu bewahren und zu schützen gelte. Es ist schon komisch, dieses «unser». Denn dieses Land kann nicht «unser» Land sein, es kann gar nicht existieren ohne die 40% der Bevölkerung, die einen Migrationshintergrund haben. Wenn dieses Land schön ist, dann deshalb, weil all diese Menschen hier leben, arbeiten, bauen, es pflegen und weiterentwickeln. Und genau diese 40% werden frontal angegriffen, wenn die SVP behauptet: «Fast alle Probleme der Schweiz sind auf die Zuwanderung zurückzuführen.»

Vor allem aber ist es paradox, ständig von diesem «schönen Land» zu sprechen und gleichzeitig so viel Energie darauf zu verwenden, es hässlicher zu machen. Der Einfluss der SVP zeigt sich am Beispiel eines Politikers, der sich auf Facebook für eine «erfolgreiche» Ausschaffung feiert (siehe S. 12), an den nicht einmal gezählten Suiziden von Menschen, die ohne Ausweg in einem entmenslichenden Asylsystem feststecken (siehe S. 6), und an den immer

weiter ausgelagerten Grenzen, die für die vergessenen Toten in der Sahara verantwortlich sind (siehe S. 15). Diese Auslagerung steht hingegen erst am Anfang, wie die bevorstehende Umsetzung der EU-Asylreform befürchten lässt (siehe S. 3-5), die von der SVP bekämpft wurde, weil sie ihr nicht gewalttätig genug war.

Was uns die extreme Rechte hingegen tatsächlich bietet, ist die permanente Platzierung des Themas Migration auf der politischen Agenda – leider weiterhin zu ihren Bedingungen. Wir sollten all die unverantwortlichen und gefährlichen Initiativen deshalb nicht nur als Angriffe verstehen, gegen die wir uns verteidigen müssen, sondern auch als Gelegenheit, einen Platz in der medialen und politischen Debatte einzunehmen. Wir sollten versuchen, diesen Raum so demokratisch wie möglich zu gestalten – mit Präzision, Differenzierung und Kritik. Abstimmungskampagnen dürfen sich nicht auf reine Abwehr beschränken. Sie müssen Debatten eröffnen und Perspektiven schaffen, die auch zukünftige Diskussionen über Migration prägen.

So sehr sich die Rechte auch bemüht: sie wird es nie schaffen, die Grenzen vollständig zu schliessen. Menschen werden sich immer bewegen – und es wird

immer Menschen geben, die ihre Bewegungsfreiheit verteidigen. Mehr zu unserer Position in dieser Frage finden Sie in unserem Dossier auf den Seiten 7 – 10.

Wir werden weiterkämpfen. Nicht, weil dies «unser» Land wäre, sondern weil wir hier leben und überzeugt sind, dass dieses Land schöner – oder zumindest weniger hässlich – wird, wenn alle, die hier sind, dies auch in Freiheit, Würde und Selbstbestimmung tun können.

(Sg)

PS: Nur weil das Stimmrecht ein Privileg ist, sollte man am 14. Juni nicht zu Hause bleiben. Mögen alle, die dazu in der Lage sind, am 14. Juni an die Urnen gehen, um dem jüngsten Angriff der Befürworter der Abschottung ein donnerndes und massives NEIN entgegenzusetzen.

Die Bilder in diesem Bulletin stammen von Kira Kynd und wurden an einer Gedenkzeremonie für D. aufgenommen, der sich nach einem negativen Asylentscheid Anfang April in Zürich das Leben genommen hat. Wir danken der Fotografin für die Erlaubnis zum Abdruck der Bilder und Christoph Hugenschmidt für seinen Bericht über die Gedenkveranstaltung auf Seite 6.



Eine neue Architektur der Abschottung

2026 beginnt eine neue Phase der europäischen Abschottungspolitik. Mit dem Inkrafttreten des Asylpakts, neuen Drittstaatenregelungen und verschärften Rückführungsplänen baut die EU ihr Grenz- und Abschieberegime systematisch aus.

Während am 12. Juni 2026 mit dem EU-Asyl- und Migrationspakt die einschneidendste Reform des europäischen Asylrechts in Kraft tritt, treiben das Europäische Parlament und die Mitgliedstaaten bereits die nächsten Verschärfungen voran. Drei Entwicklungen zeigen besonders deutlich, wohin sich das europäische Asylsystem bewegt: hin zu beschleunigten Grenzverfahren, einer weiteren Externalisierung des Flüchtlingsschutzes und dem Ausbau eines europäischen Ausschaffungsregimes.

«Die individuelle Schutzbedürftigkeit tritt zunehmend in den Hintergrund und wird überlagert von der Frage, ob Europa überhaupt noch für die Prüfung eines Asylgesuchs zuständig sein soll.»

Mit dem Asylpakt werden zahlreiche Massnahmen eingeführt, die bislang nur unter Ausnahmehinrichtungen erprobt wurden. Dazu gehören beschleunigte Grenzverfahren in geschlossenen Zentren, neue Screening-Verfahren an den Aussengrenzen sowie eine stärkere Kategorisierung von Schutzsuchenden nach Anerkennungsquoten. Der Zugang zu regulären Asylverfahren wird damit für viele Schutzsuchende weiter erschwert. Im Kern wendet sich Europa von der individuellen

Schutzprüfung ab und orientiert sich stärker an administrativer Selektion und einer gezielten Steuerung von Flucht und Migration.

Externalisierung als Normalität

Besonders weitreichend sind die Regelungen zu sogenannten «sicheren Drittstaaten», mit denen das EU-Parlament und die Mitgliedstaaten den Asylpakt Anfang 2026 ergänzt haben. Während bislang eine enge Verbindung zu einem Drittstaat vorausgesetzt wurde, um Asylgesuche für unzulässig zu erklären, kann dafür künftig bereits die Durchreise durch ein Land genügen. Betroffene würden damit nicht einmal ein beschleunigtes Asylverfahren durchlaufen, sondern könnten direkt in Drittstaaten zurückgeführt werden.

Damit verlagert sich der Fokus des europäischen Asylsystems: Die individuelle Schutzbedürftigkeit tritt zunehmend in den Hintergrund und wird überlagert von der Frage, ob Europa überhaupt noch für die Prüfung eines Asylgesuchs zuständig sein soll. Die Reform schafft zugleich die rechtlichen Voraussetzungen für eine weitere Auslagerung von Asylverfahren in Drittstaaten – etwa nach dem Vorbild der italienischen Albanien-Pläne oder des britischen Rwanda-Modells.

Ein europäisches Ausschaffungsregime

Parallel dazu richtet sich die europäische Politik immer stärker auf Rückführungen und Ausschaffungen aus. Im Frühjahr 2026 setzte im Europäischen Parlament eine Allianz aus Konservativen und Rechtsextremen ein Verhandlungsmandat für eine neue Rückführungsverordnung durch. Vorgesehen sind unter anderem schnellere Verfahren, eine stärkere gegenseitige Anerkennung von Wegweisungsentscheidungen sowie erweiterte Möglichkeiten zur Inhaftierung von ausreisepflichtigen Personen. Auch sogenannte «return hubs» ausserhalb Europas werden inzwischen offen diskutiert.

Die verschiedenen Reformen dürfen nicht isoliert betrachtet werden. Zusammengenommen markieren sie einen grundlegenden Umbau des europäischen Asylsystems: Schutzansprüche sollen möglichst früh abgewehrt, Verfahren ausgelagert und Ausschaffungen effizienter organisiert werden. Was lange als Ausnahme galt, wird damit zunehmend zur migrationspolitischen Normalität Europas.

(Sn)



Digitales Grenzregime

Die stille Revolution von Eurodac

Mit der Eurodac-Reform baut die EU ihre biometrische Migrationsdatenbank zu einer umfassenden Infrastruktur europäischer Kontrolle aus. Was technisch klingt, verändert grundlegend, wie Flucht, Migration und Bewegungsfreiheit in Europa verwaltet werden.

Wer über die Reform des europäischen Asylsystems spricht, spricht meist über Grenzverfahren, Screening-Prozesse oder verlängerte Überstellungsfristen. Kaum beachtet wird dagegen jene Infrastruktur, die diese Politik künftig technisch ermöglichen soll: die neue Eurodac-Datenbank. Dabei entsteht hier derzeit eines der zentralen Instrumente des europäischen Grenzregimes.

Eurodac wurde 2003 ursprünglich als relativ begrenztes System zur Umsetzung der Dublin-Verordnung geschaffen. Gespeichert wurden im Wesentlichen Fingerabdrücke von Asylsuchenden, um festzustellen, welcher Staat für ein Asylverfahren zuständig ist. Das System funktionierte nach einem simplen «Hit/No-Hit»-Prinzip: Behörden erfuhren lediglich, ob bereits eine Registrierung in einem anderen Staat vorlag. Erfasst wurde nur, was für diesen Zweck notwendig war.

Mit der neuen Eurodac-Verordnung verändert sich diese Logik grundlegend. Die Datenbank dient künftig nicht mehr ausschliesslich der Zuständigkeitsbestimmung im Asylverfahren, sondern der Kontrolle von Migration insgesamt. Erfasst

Fingerabdrücken werden ab Mitte Juni auch Gesichtsbilder, sämtliche biographische Angaben, Informationen über Asyl- und Rückführungsverfahren sowie Scans von Ausweisdokumenten gespeichert. Eurodac entwickelt sich damit von einem Instrument zur Durchführung konkreter Asylverfahren hin zu einer umfassenden biometrischen Migrationsdatenbank.

Vom Asylsystem zum Datenregime

Besonders einschneidend ist dabei die neue Rolle von Eurodac innerhalb der interoperablen EU-Datenbankarchitektur. Die Datenbank dient nicht nur als Rückgrat des reformierten Gemeinsamen Europäischen Asylsystems, sie wird auch mit anderen europäischen Informationssystemen wie SIS, VIS, ETIAS oder EES verknüpft. Ziel ist ein europaweites «Identitäts- und Mobilitätsmanagement», bei dem Informationen aus bislang getrennten Datenbanken zu einem durchgehenden Datenprofil zusammengeführt werden.

Die politische Stossrichtung dahinter ist klar. Eurodac soll nicht nur Asylverfahren effizienter machen, sondern irreguläre

Gleichzeitig wird Eurodac stärker in sicherheitspolitische Kontexte eingebunden. Künftig erhalten auch Strafverfolgungsbehörden erweiterte Zugriffsmöglichkeiten auf biometrische Daten aus dem Migrationsbereich. Die Trennung zwischen Asylsystem, Ausländerrecht und Sicherheitsapparat wird weiter aufgeweicht.

Damit verändert sich auch die Funktionsweise migrationsrechtlicher Verfahren. Der Sachverhalt wird zunehmend nicht mehr ermittelt, sondern aus Datenbanken abgerufen. Eurodac-Treffer erhalten den Status eines zentralen Beweismittels, während Aussagen von Betroffenen gegenüber biometrischen Daten an Gewicht verlieren. Auch die Arbeit der Rechtsberatung wird sich dadurch stärker auf die Überprüfung von Treffern, auf die Datenqualität und potentielle Systemfehler fokussieren müssen.

Gerade weil biometrische Daten als objektiv und neutral gelten, droht eine neue Form technischer Beweisdominanz. Die Datenerfassung beginnt dabei nicht erst mit einem Asylgesuch, sondern bereits im Rahmen von Grenzscreenings und ausländerrechtlichen Kontrollen. Gleichzeitig bleiben biometrische Systeme fehleranfällig: Daten können falsch erfasst oder Personen nach wie vor verwechselt werden. Trotzdem erzeugt das System eine Aura technischer Eindeutigkeit, welche behördliche Entscheidungen zusätzlich legitimiert.

«Eurodac dient künftig nicht mehr ausschliesslich der Zuständigkeitsbestimmung im Asylverfahren, sondern der Kontrolle von Migration insgesamt.»

werden neu deutlich mehr Personengruppen: Menschen mit temporärem Schutzstatus, Personen im Resettlement-Verfahren, aus Seenot gerettete Personen sowie erstmals auch Menschen mit «unrechtmässigem Aufenthalt». Gleichzeitig sinkt das Mindestalter für die Erfassung biometrischer Daten von 14 auf sechs Jahre.

Auch die Menge der gespeicherten Daten wird massiv ausgeweitet. Neben

Migration bekämpfen, Sekundärbewegungen innerhalb Europas sichtbar machen und Rückführungen erleichtern. Gespeichert werden deshalb nicht nur Identitäten, sondern auch Bewegungen: Orte von Grenzübertritten, Asylanträgen, polizeilichen Kontrollen oder Rückführungsentscheiden. Die Rekonstruktion individueller Fluchtverläufe wird damit selbst zum Zweck des Systems.

Wenn Daten über Verfahren entscheiden

Die Folgen dieser Entwicklung sind besonders für die Betroffenen sehr weitreichend. Eurodac soll Dublin-Verfahren beschleunigen, Sekundärmigration verhindern und Rückführungen effizienter machen. Für Schutzsuchende bedeutet dies aber vor allem: schnellere Überstellungen, dichtere Kontrollen und weniger



Handlungsspielräume innerhalb des europäischen Asylsystems.

Weiterreisen werden leichter nachvollziehbar, Rücküberstellungen einfacher

Erfassung an Bedeutung. Der Druck, Ausschaffungen durchzusetzen oder «freiwillige» Ausreisen zu erzwingen, dürfte zudem weiter steigen.

«Der Sachverhalt wird zunehmend von Daten und biometrischen Treffern bestimmt, nicht mehr von individuellen Erzählungen oder Fluchtgeschichten.»

durchsetzbar. Damit verändert sich auch die Position der Betroffenen in den Verfahren. Der Sachverhalt wird zunehmend von Daten und biometrischen Treffern bestimmt, nicht mehr von individuellen Erzählungen oder Fluchtgeschichten. Gleichzeitig wird es für die Betroffenen immer schwieriger nachzuvollziehen, welche Daten über sie gespeichert wurden, welche Behörden darauf zugreifen können und wie sich fehlerhafte Einträge überhaupt korrigieren lassen.

Hinzu kommt, dass bisherige Strategien im Umgang mit restriktiven Migrationsregimen zunehmend wirkungslos werden. Fehlende Ausweisdokumente, unklare Identitäten oder Weiterreisen in andere europäische Staaten verlieren durch die engmaschigere biometrische

Biometrische Kontrolle im Inland

Besonders weitreichend sind die Folgen der Reform im schweizerischen Kontext. Neu wird die biometrische Datenerfassung im Rahmen sogenannter Screening-Verfahren auch im Inland stattfinden. Gleichzeitig müssen künftig auch Personen mit «unrechtmässigem Aufenthalt» in Eurodac erfasst werden.

Davon betroffen sind potenziell auch zahlreiche Sans-Papiers und abgewiesene Asylsuchende im Nothilfe-Regime. Gerade in der Schweiz leben viele Menschen über Jahre mit einem Wegweisungsentscheid, obwohl ihre Ausschaffung aus tatsächlichen oder rechtlichen Gründen gar nicht möglich ist. Trotzdem werden ihre biometrischen Daten künftig dauerhaft in Eurodac gespeichert und europaweit verfügbar gemacht.

Damit verschiebt sich Eurodac zunehmend von einem Instrument zur Durchführung von Dublin-Verfahren hin zu einer Infrastruktur routinemässiger biometrischer Kontrolle im Inland. Die Grenzen zwischen Asylverfahren, ausländerrechtlichen Kontrollen und polizeilichen Zugriffen werden immer durchlässiger, denn Eurodac-Daten werden künftig nicht nur den Migrationsbehörden, sondern teilweise auch den Polizeibehörden und Strafverfolgungsstellen zugänglich sein.

Die Eurodac-Reform ist deshalb weit mehr als eine technische Datenbankrevision. Sie steht exemplarisch für den gegenwärtigen Umbau der europäischen Migrationspolitik: weg von Schutz und individueller Prüfung, hin zu einem digitalisierten Grenzregime, das Fluchtbewegungen möglichst früh erfassen, kontrollieren und verwalten wird.

(Sn)

Todesfälle im Asylsystem

«Er war nicht der Erste und wird leider auch nicht der Letzte sein!»

Die Gewalt des Asylsystems tötet. Doch über diese Todesfälle wird viel zu wenig gesprochen. Die Medien berichten selten darüber, und wenn, dann bestenfalls punktuell. Es gibt nicht einmal eine Erhebung oder offizielle Statistik.

An einem Sonntag, Anfangs April 2026, nahm sich D. auf schreckliche Art das Leben. Der junge, erst 31-jährige Burundier sprang am helllichten Tag aus dem Fenster seines Zimmers im neunten Stock der riesigen «Kollektivunterkunft» beim Zürcher Stadtpital Triemli. Er hatte, so

Asylunterkünften, Lagern, Gefängnissen, Heimen und Wohnungen zusammenzutragen, drehen meine Messenger-Apps durch. In der Romandie und im Kanton Solothurn wurden Menschen aus Burundi verhaftet. Es sieht ganz so aus, als plane das SEM einen Sonderflug nach

er bei der abendlichen Verteilung von Psychopharmaka nicht mehr – am nächsten Tag werden die Mitgefangenen über seinen Tod informiert.

Tragisch auch der Tod von M. aus Somalia. Als ganz junger Mensch schaffte er die gefährliche Reise nach Europa – was er dort erlebt hat, wissen wir nicht. In der Schweiz war er zuerst in den Strukturen für Minderjährige. Mit 18 verlor er dann den Halt. Aus Angst vor der Polizei sprang er im Sommer 2025 aus dem Fenster eines Hotels in Zürich.

«In den Schweizer Ausschaffungsgefängnissen und Asylunterkünften sterben viele und niemand erzählt ihre Geschichte.»

erzählen seine Freund:innen, einen ablehnenden Entscheid des SEM erhalten und wusste nicht mehr weiter.

Am darauffolgenden Samstag organisierten die burundische Community und solidarische Menschen aus dem Lager und aus Zürich eine Gedenkveranstaltung an dem traurigen Ort, an dem D. verstarb. Das Zeugnis seines jüngeren Wohnpartners, dem D. zum «grand frère» und Mutmacher in hoffnungslosen Zeiten geworden war, erschütterte die über 300 Teilnehmenden. Ebenso wie das tieftraurige kurdische Lied, das ein Leidensgenosse aus dem Triemli für ihn sang.

Die Leitung der Kollektivunterkunft versuchte die Veranstaltung erst zu verbieten, dann in eine nahe Kirche umzudirigieren und gab angesichts der vielen trauernden Menschen schliesslich auf. Worte des Bedauerns seitens der Zürcher AOZ, die die Kollektivunterkunft betreibt, oder gar ein Beileidsbesuch eines Mitglieds der Stadtbehörden blieben aus. D. ist nur ein Toter mehr. In den Beton-Silos der Kollektivunterkünfte Triemli sei es in den letzten Jahren zu vier oder fünf Todesfällen oder Selbstmorden gekommen, erzählt ein langjähriger Bewohner.

Panik vor dem Sonderflug

Wieder eine Woche später, während ich versuche, ein paar Fakten zu den Todesfällen und Selbsttötungen in Schweizer

Bujumbura, der gefüllt werden muss. Panik, Angst, Hilflosigkeit macht sich breit. Aus der Romandie wird ein offener Brief an die verantwortlichen Behörden verfasst. Am Dienstag, 21. April 2026, werden dann 11 Personen, darunter zwei Kinder und ein Baby, mit einem gecharterten Airbus einer tschechischen Billig-Airline gewaltsam nach Burundi ausgeschafft. Wir befürchten weitere Sonderflüge nach Burundi (siehe S. 12).

Die Toten der Lager

«D. war nicht der Erste und er wird nicht der Letzte gewesen sein», schreibt jemand in einem Chat. In der Tat: In den Schweizer Ausschaffungsgefängnissen, den Asylunterkünften und den Wohnungen sterben viele und niemand führt Statistik: Der damals 62-jährige Andri Krylow starb am 30. April 2025 im Zürcher Ausschaffungsgefängnis. Er hatte bereits einen Suizidversuch hinter sich und die Behörden wussten davon. Das hat sie nicht daran gehindert, ihn in Ausschaffungshaft zu stecken, um den Druck zur Ausreise auf ihn zu erhöhen. Am 8. Mai 2025 kam es zu einem weiteren Selbstmordversuch des jungen M. im Ausschaffungsgefängnis Zürich. Am 19. Mai trat der damals 21-jährige A. in den Hunger- und Durststreik. Er hatte sich zuvor von den anderen im Gefängnis abgeschottet und die Zelle nicht verlassen. Am 26. Mai reagiert

Niemand führt Statistik

Auch das sind nur drei Geschichten von vielen. Der 40-jährige Tesfaye nahm sich, zermürbt vom Nothilferegime, in der Nacht auf den 3. August 2024 im bernischen Gampelen das Leben. Im Berner Regionalgefängnis Burgdorf starb am 18. Januar 2025 ein 27-jähriger Mann, kurz darauf starb ein nur 22-jähriger Mann aus Marokko im Regionalgefängnis Bern.

Viele Bewohner:innen der Asyl- und noch mehr der Nothilfestruckturen können ähnliche Geschichten erzählen. Die Menschen in den Camps bewahren die Erinnerung an die Toten des Schweizer Asylsystems. Doch niemand erzählt ihre Geschichte und niemand in der so zähl- und kontrollwütigen Schweiz führt eine Statistik. Wir trauern um D.

Christoph Hugenschmidt
Wo Unrecht zu Recht wird

Dossier: Nein zur 10-Millionen- Initiative

Volksabstimmungen sollten Anlass zum Nachdenken sein

In der Schweiz wird häufig abgestimmt. Mindestens viermal pro Jahr können sich die Stimmberechtigten an der Urne äussern. Und vermutlich stimmt keine Bevölkerung weltweit so häufig über Migration ab wie die Schweizer Bevölkerung. Eigentlich müssten wir also besonders gut informiert und in der Lage sein, uns eine fundierte Meinung zur Migrationspolitik zu bilden.

Doch das Gegenteil ist der Fall. Warum?

Erstens, weil man uns zwar nach unserer Meinung fragt, wir aber nur mit Ja oder Nein auf eine vorgegebene Frage antworten können. Und wenn es um Migration geht, sind es immer dieselben politischen Kräfte, die diese Frage stellen. Es ist fast schon zu einem Ritual geworden: Zehnmal in 56 Jahren, also alle fünfeneinhalb Jahre, stimmte die Schweiz über Menschen ab, die selbst kein Stimmrecht haben.

Zweitens taucht die Migrationsfrage zwar immer wieder auf, aber stets in neuem Gewand. Die Titel wechseln, doch die Botschaft bleibt dieselbe: «Überfremdung», «illegale» Migration, «Masseneinwanderung» oder «unkontrollierte» Zuwanderung. Dabei wurde schon zur Zeit der Schwarzenbach-Initiative 1970 ein grosser Teil der migrantischen Bevölkerung gezielt angeworben, um den Bedarf der Wirtschaft zu decken.

Und nun spricht ausgerechnet die Partei der Autobahnen, der Atomkraft und der fossilen

Wirtschaft plötzlich von Nachhaltigkeit. Warum dieser Begriff in diesem Zusammenhang keinen Sinn ergibt, zeigen wir auf Seite 10 dieses Dossiers.

Dabei wirft die 10-Millionen-Initiative durchaus wichtige Fragen auf: Wie organisieren wir unsere Gesellschaft angesichts ungleicher wirtschaftlicher Entwicklung und veränderter demografischer Dynamiken? Doch die aktuelle Debatte zeigt deutlich, dass es in dieser Kampagne gerade nicht darum geht.

Wir fragen uns auch, warum in der Schweiz keine konstruktiven Debatten über Migration geführt werden, obwohl ständig darüber geredet wird. Warum kehren Fehlinformationen, angstbasierte Erzählungen und fremdenfeindliche Angriffe immer wieder zurück? Weil sich die Schlinge immer enger zuzieht, je mehr wir uns innerhalb jenes diskursiven Rahmens bewegen, den die SVP und ihre politischen Vorgängerinnen sorgfältig vorbereitet haben. Wir geraten in eine Falle. Auf den Seiten 8 und 9 versuchen wir zu verstehen, warum das so ist – und wie wir uns daraus befreien können.

(Sg)

Kampagne gegen die 10-Millionen-Initiative

Die diskursive Sackgasse der extremen Rechten verlassen

Die 10-Millionen-Initiative präsentiert eine falsche Lösung für ein falsch gestelltes Problem. Doch genau darüber wird kaum gesprochen. Die Aufmerksamkeit der Gegner:innen der Initiative ist so stark darauf konzentriert, die grob populistischen Argumente der Initiant:innen abzuwehren, dass eine wirkliche politische Auseinandersetzung kaum stattfindet. Wir müssen aus dieser Sackgasse herausfinden.

Entgegen den Behauptungen der Initiant:innen kündigen die kommenden Jahre keinen unkontrollierten Bevölkerungsanstieg an, sondern einen drastischen Rückgang der Geburtenrate und eine Umkehrung der Alterspyramide. Die Schweiz wird die Marke von zehn Millionen Einwohner:innen zwar erreichen und vermutlich leicht überschreiten, sich dann

Bannons – des rechtsextremen Ex-Beraters von Donald Trump –, den öffentlichen Raum mit immer neuen Angriffen zu «überfluten», um die Gegner:innen in einen Zustand permanenter Überforderung zu versetzen, wird von der SVP seit Jahren angewandt. Unzählige parlamentarische Vorstösse, Medienauftritte und Pressemitteilungen verfolgen dasselbe

Die Positionen zur Asylpolitik blieben defensiv und auffallend zurückhaltend. Meist beschränkte man sich darauf zu betonen, dass Menschen aus dem Asylbereich zahlenmässig nur einen kleinen Teil der Zuwanderung ausmachen, dass das Völkerrecht und die humanitäre Tradition respektiert werden müssten und dass auch Geflüchtete einen Beitrag zum Arbeitsmarkt leisten könnten.

«Wir müssen die zahlreichen migrationsfeindlichen Initiativen als Gelegenheit begreifen, um die grundlegenden politischen Fragen tatsächlich zu diskutieren.»

aber auf diesem Niveau stabilisieren – bei gleichzeitig stark wachsender älterer Bevölkerung. Daraus ergeben sich erhebliche Herausforderungen für die Altersvorsorge, das Gesundheitssystem und den Arbeitsmarkt. Und ausgerechnet jene Menschen, die helfen könnten, diese Defizite aufzufangen – ausländische Arbeitskräfte und Migrant:innen –, werden für Probleme verantwortlich gemacht, die durch die bestehende Wirtschafts- und Sozialpolitik mitverursacht wurden.

Denn würden die Probleme, auf die sich die SVP ständig beruft, tatsächlich verschwinden, könnte sie Ausschluss nicht länger als Lösung präsentieren. Da ihre Vorschläge die Probleme aber gar nicht lösen, kann sie stets behaupten, die Migrationspolitik sei noch immer nicht streng genug, und weitere Verschärfungen fordern. Die Flügel der populistischen Mühle drehen sich weiter.

Die 10-Millionen-Initiative ist dabei nur ein weiteres Zahnrad in einer grösseren Maschinerie. Die Strategie Steve

Ziel: Misstrauen und Hass gegenüber Ausländer:innen zu schüren. Diese Form politischer Kommunikation benötigt zudem weit weniger Ressourcen, wenn man sich weder um die Wahrheit der eigenen Aussagen noch um die Zuverlässigkeit der Quellen kümmern muss.

Gerade darin liegt die strategische Stärke dieser Politik: Durch die permanente Zuspitzung und die Vielzahl gleichzeitiger Angriffe wird der Widerstand zersplittert und daran gehindert, eine gemeinsame politische Antwort zu entwickeln. Genau das geschieht derzeit auch in dieser Kampagne.

Eine defensive und unzureichende Gegenkampagne

Auf Seiten der linken Gegner:innen der Initiative bestand die Strategie zunächst darin, möglichst wenig über Migration oder Asyl zu sprechen und stattdessen andere Folgen der Initiative hervorzuheben – etwa für die Wirtschaft oder die Beziehungen zur Europäischen Union.

Es ist nachvollziehbar, konfliktreiche Themen vermeiden zu wollen – aber auch etwas naiv. Die SVP verfügt inzwischen über eine derart grosse diskursive Schlagkraft, dass sie den Rahmen der Debatten weitgehend bestimmt. Wenn sie eine Bühne vorbereitet, auf der über Migration gesprochen wird, dann sollten wir diese Bühne auch besetzen. Aber eben richtig – mit unseren Begriffen, unseren Analysen und unseren Lösungen.

Paradoxerweise ist es ausgerechnet *economiesuisse*, also die Vertreterin der grossen Unternehmen und Wirtschaftsverbände, die Migration in ihrer Argumentation am offensivsten positiv darstellt. Dabei blendet sie jedoch die zentrale Frage der Ausbeutung migrantischer Arbeitskräfte systematisch aus. Und erneut sind es vor allem Menschen aus dem Asylbereich, die den Preis für diese relative Offenheit bezahlen sollen. Die Lösung von *economiesuisse* lautet: Ausschaffungen ausweiten und systematisieren sowie die Zusammenarbeit mit Frontex weiter verstärken.

Wo bleibt eine linke Position zum Asyl?

Gerade das macht den Mangel an einer eigenständigen linken Position zu Migration und insbesondere zum Asyl offensichtlich. Wir brauchen eine Perspektive,



die über rein humanitäre, moralische oder mitleidsbasierte Argumente hinausgeht. Die Achtung des Asylrechts ist keine Frage der Grosszügigkeit, sondern eine Frage der Gerechtigkeit.

Wir müssen die zahlreichen migrationsfeindlichen Initiativen auch als Gelegenheit begreifen, um die grundlegenden politischen Fragen tatsächlich zu diskutieren. Der xenophobe Diskurs der SVP entstand nicht über Nacht. Er wurde über Jahre aufgebaut, verbreitet, normalisiert und zunehmend von anderen politischen Kräften übernommen. Er wirkt, weil er mit Ängsten arbeitet und vorgibt,

ihre humanitäre Tradition respektieren müsse. Die Fluchtgründe von Asylsuchenden werden von den Behörden immer stärker infrage gestellt, Integrationsprogramme bleiben ungenügend und die Entwicklungszusammenarbeit ist längst an migrationspolitische Interessen geknüpft.

Mit dieser permanent reaktiven Haltung verteidigen wir letztlich ein System, das selbst zutiefst problematisch ist. Wer glaubwürdig für das Asylrecht eintreten will, muss auch dazu in der Lage sein, das bestehende Regime zu kritisieren. Denn eine Asylpolitik, die – wie in der Schweiz – auf diskriminierenden Bewilligungen,

der Rechten und der Wirtschaft, um am 14. Juni ein Nein an der Urne zu erreichen. Doch langfristig wird das nicht reichen. Die 10-Millionen-Initiative ist nur das Aufwärmprogramm für die bereits eingereichte Grenzschutzinitiative, die Geflüchtete noch direkter und brutaler angreifen wird. Und dort dürfte die Unterstützung der politischen Mitte rasch verschwinden.

Wir können es uns nicht länger leisten, nur während SVP-Abstimmungskampagnen über Migration und Asyl zu sprechen. Denn wer immer nur reagiert, übernimmt zwangsläufig die Kategorien und Denkmuster der extremen Rechten – und bestätigt sie dadurch indirekt. Vor allem aber wird die extreme Rechte uns mit ihrer Strategie des permanenten Chaos immer weiter auseinanderdividieren, solange wir es nicht schaffen, gemeinsam eine kohärente, solidarische und glaubwürdige Position zu Migration und Asyl zu entwickeln.

«Wer glaubwürdig für das Asylrecht eintreten will, muss auch dazu in der Lage sein, das bestehende Regime zu kritisieren.»

einfache Antworten auf komplexe gesellschaftliche Fragen zu liefern.

Dagegen hilft nur eine klare und mutige Gegenposition. Es ist unzureichend, nur darauf hinzuweisen, dass die meisten Schutzsuchenden tatsächlich Schutz benötigen, dass Geflüchtete arbeiten wollen, wenn man sie lässt, und dass die Schweiz

unwürdigen Lebensbedingungen sowie sozialer, wirtschaftlicher und geografischer Isolation basiert, lässt sich nicht ernsthaft verteidigen.

Wie lange reicht das noch?

Vielleicht genügen die defensiven Positionen und die Zweckallianz mit Teilen

(Sg)

Stichwort Nachhaltigkeit

Ein Faktencheck

Nachhaltigkeit hat viele Bedeutungen. Die SVP instrumentalisiert das Konzept und deutet es um: Nur «weniger Zuwanderung» sei nachhaltig.

Für die SVP bedeutet eine «nachhaltige Bevölkerungsentwicklung» die Begrenzung der Anzahl Menschen in der Schweiz auf zehn Millionen «vor dem Jahr 2050». Und sobald die Zahl von 9.5 Millionen erreicht ist, müsse der Bund Begrenzungsmaßnahmen ergreifen. Sie behauptet also, in der Schweiz lebten zu viele Menschen und dem müsse abgeholfen werden. Doch stimmt das und ist eine zahlenmässige Begrenzung der Bevölkerung sinnvoll und nachhaltig?

Dichtestress ohne Grundlage

Tatsächlich ist die Bevölkerungsdichte in der Schweiz in den letzten Jahren ständig gestiegen. Betrachtet man nur die produktive Fläche, ohne Berge, Seen und Wald, kommt man auf etwa 285 Personen pro Quadratkilometer. Somit stehen einer einzigen Person in der Schweiz theoretisch etwas mehr als 3500 Quadratmeter zu. Demgegenüber ist die Bevölkerungsdichte der Niederlande bei einer ähnlichen Flächengrösse fast doppelt so hoch. Selbst in Deutschland ist die reale Bevölkerungsdichte höher als in der Schweiz. Der manchmal gefühlte Dichtestress beruht somit auf einem subjektiven Eindruck, nicht auf einer realen Basis. Eine Grenze bei zehn Millionen zu ziehen, ist darum willkürlich und beruht nicht auf überprüfbar und nachvollziehbaren Überlegungen.

«Wer Wohnungsnot, Umweltzerstörung oder überlastete Infrastrukturen ernsthaft angehen will, muss die politischen und wirtschaftlichen Ursachen benennen – nicht die Zahl der Menschen.»

Die SVP behauptet, «explodierende Nachfrage aufgrund der Zuwanderung» führe zu Wohnungsnot und unbezahlbarem Wohnraum. Es stimmt zwar, dass die Wohnungsmieten steigen und dass es in den Städten und Agglomerationen immer schwieriger wird, eine zahlbare Wohnung zu finden. Die SVP suggeriert aber: Reduziere man die Zuwanderung, lasse sich einfacher eine freie Wohnung finden und die Mieten sanken. In Tat und Wahrheit gibt es aber zu wenig bezahlbare Wohnungen und steigende Mieten, weil Kapitalbesitzer mit Investitionen in Immobilien hohe Renditen erzielen. Der Kapitaldruck führt zur Verknappung der bebaubaren Wohnfläche und dadurch zu immer höheren Bodenpreisen. Auch sind die

meisten neu gebauten Wohnungen für viele zu luxuriös und deshalb zu teuer.

Die Initiative fordert ab einer Bevölkerungszahl von 9.5 Millionen von Bundesrat und Parlament die Begrenzung der Zuwanderung «zum Schutz der Umwelt und im Interesse der dauerhaften Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen, der Leistungsfähigkeit der Infrastrukturen, der Gesundheitsversorgung und der schweizerischen Sozialversicherungen.» Umweltprobleme, Staus auf den Strassen, überfüllte Züge und Spitäler und steigende Ausgaben für die AHV und IV würden allein durch die Anzahl der hier lebenden Menschen verschärft.

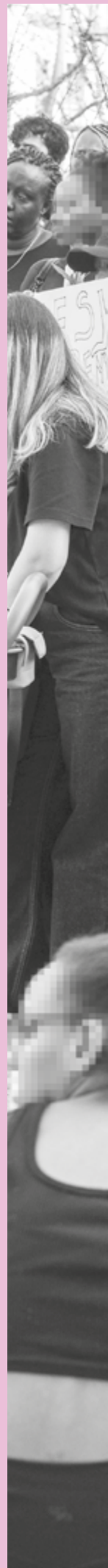
Sündenbock Zuwanderung

Dem steht entgegen, dass der Bauernverband mit Unterstützung der SVP mehrere Initiativen, welche die Zersiedelung und das Zubetonieren der Landschaft bremsen, die Biodiversität fördern und das Ausbringen von Pflanzenschutzgiften einschränken wollten, versenkt hat. Staus und überfüllte Züge sind zu einem guten Teil Ergebnis einer falschen Siedlungspolitik, die Erwerbstätige zum Pendeln zwischen Wohn- und Arbeitsort zwingt. Unsere Spitäler sind keineswegs überfüllt, sondern es gibt zu viele davon. Und die Krankenkassenprämien steigen nicht, weil die Zuwanderung mehr Versicherte verursacht – diese zahlen ebenfalls Prämien. Vielmehr führen in erster Linie die erhöhte Nachfrage nach Behandlungen, die alternde Bevölkerung und der medizinische Fortschritt, der teurere Behandlungen und höhere Medikamentenpreise nach sich zieht, zu stetig steigenden Gesundheitskosten. Die Ausgaben von AHV und IV werden durch die Lohnbeiträge von allen Erwerbstätigen, auch den ausländischen, getragen. Die Erwerbstätigenquote (Beschäftigungsquote) von Ausländer:innen in der Schweiz ist hoch

und lag 2024 bei rund 69.5%, verglichen mit 62.8% bei den Schweizer:innen.

Nachhaltigkeit bedeutet nicht, Menschen gegeneinander auszuspielen oder gesellschaftliche Probleme auf Migration zu reduzieren. Wer Wohnungsnot, Umweltzerstörung oder überlastete Infrastrukturen ernsthaft angehen will, muss die politischen und wirtschaftlichen Ursachen benennen – nicht die Zahl der Menschen.

(Pf)





Widerstand gegen ICE

«Stand up with Minnesota»

Im April organisierte das Kollektiv Break Free Switzerland eine Informationstour über den Widerstand gegen ICE in den USA. Die Gewerkschafterin Janette Corce-lius, die Poetin und Performerin Sagirah Shahid sowie Rafael Gonzales alias Tufawon – Rapper, Singer-Song-writer und Lehrer – reisten durch die Schweiz, um ihre Erfahrungen zu teilen. Daraus entstanden inspirierende Diskussionen zwischen Aktivist:innen über Befreiung, Gerechtigkeit, Selbstbestimmung und kollektiven Wi-derstand.

Ein zentrales Ziel der Tour war es, die Machtzentren der fossilen Finanzindustrie zu stören – unter anderem mit vielbeachteten Interventionen bei den Generalver-sammlungen der UBS und der Schweizerischen Natio-nalbank. Dabei wurden die systemischen Verflechtun-gen dieser Schweizer Institutionen sichtbar gemacht, die

«Die Rechte von Mi-grant:innen lassen sich nicht verteidigen, ohne die Ursachen der Unterdrü-ckung anzugehen: Land-raub, Ausbeutung durch Arbeit und strukturellen Rassismus.»

Milliarden in Zulieferbetriebe der ICE investiert haben, ebenso wie die Gewalt, die entsteht, wenn dieses Modell um jeden Preis verteidigt wird.

Die Tour zeigte auch, dass der Kampf für soziale, wirtschaftliche und klimagerechte Verhältnisse nur über eine Verbindung der verschiedenen Kämpfe geführt werden kann. Die Rechte von Migrant:innen lassen sich nicht verteidigen, ohne die Ursachen der Unterdrückung anzugehen: Landraub, Ausbeutung durch Arbeit und strukturellen Rassismus.

(Sg)



Ausschaffungsflug nach Burundi

Stolz darauf, Menschen nach Burundi auszuschaffen

Mario Fehr, Sicherheitsdirektor des Kantons Zürich, gratuliert sich auf Facebook selbst und dankt der Kantonspolizei und dem Staatssekretariat für Migration für

Vor Ort verschlechtert sich die Menschenrechtslage in dem Masse, in dem der amtierende Präsident an Macht gewinnt. Die Zivilgesellschaft, die zunehmend in

prekär. Ihr Schutzbedarf wird nicht anerkannt. Das SEM bestreitet die Glaubwürdigkeit ihrer Schilderungen. Noch beunruhigender ist, dass Menschen aus Burundi in der Deutschschweiz deutlich häufiger einen negativen Asylentscheid erhalten als in der Romandie.

Die Schweiz gilt in dieser Hinsicht als europäische Vorreiterin: Sie ist das einzige Land, das auch nach der Verschärfung der Krise Menschen nach Burundi ausschafft. Kein Grund, um stolz zu sein, Herr Fehr.

«Die Schweiz ist das einzige Land, das auch nach der Verschärfung der Krise Menschen nach Burundi ausschafft.»

ihren gemeinsamen Einsatz. Er lobt ihre Professionalität und unterstreicht die Bedeutung ihrer Arbeit. Der Vollzug sei «wichtig», denn nur so bleibe «unsere Asylpolitik glaubwürdig».

Die betreffende Aktion? Ein Sonderflug nach Burundi. Nach unserem Kenntnisstand wurden 11 Personen, darunter eine Familie mit drei Kindern, von einer Armada Polizist:innen aus dem Schlaf gerissen, um in ein Land zurückgebracht zu werden, in dem ihr Leben noch stärker in Gefahr ist.

den Untergrund gedrängt wird, warnt seit langem vor dem Schicksal politischer Oppositioneller, die ins Ausland geflüchtet sind. Sie werden verfolgt, inhaftiert, geschlagen und zum Verschwinden gebracht.

Die burundische Gemeinschaft in der Schweiz lebt in Angst. Viele von ihnen sind nach der Aufhebung der Visumpflicht für Serbien nach Europa gekommen. Sie mussten bereits die Härten und Unsicherheiten des Dublin-Systems durchstehen.

Einige sind seit fast fünf Jahren in der Schweiz, und ihr Status ist nach wie vor

(Sg)

Freiheitsentzug

Haftgrund: Armut

Der Schweizer Staat sperrt jedes Jahr Tausende ins Gefängnis, weil sie kein Geld haben. Häufiges Delikt: ÖV-Fahren ohne Billett. Die Aktion Freiheitsfonds will diese Menschen aus dem Gefängnis holen – und sammelt dafür Geld.

Eine Person erhält einen Brief. Darin steht: sie muss ins Gefängnis. Das passiert täglich in der Schweiz, rund 10 000 Mal pro Jahr. Doch längst nicht immer ist der Adressat ein:e Straftäter:in. Bei mehr als der Hälfte aller Haftantritte muss eine Person ins Gefängnis, weil sie wenig Geld hat.

«Bei mehr als der Hälfte aller Haftantritte muss eine Person ins Gefängnis, weil sie wenig Geld hat.»

Wer eine Busse oder Geldstrafe nicht bezahlen kann, muss die offene Rechnung in Form einer sogenannten «Ersatzfreiheitsstrafe» absitzen. Meistens entspricht ein Tag hinter Gittern hundert Franken Busse. Den Staat kostet die Unterbringung 250 – 350 Franken am Tag.

Deswegen wollte selbst der Bundesrat prüfen, ob sich die Ersatzfreiheitsstrafe abschaffen liesse, zumindest in gewissen Fällen. Doch das Parlament erteilte ihm in der Frühjahrsession eine Absage. Also wird Armut weiterhin mit Gefängnis bestraft.

Häufig ist das Delikt ÖV-Fahren ohne Billett. Wer einmal erwischt wird, muss einen Strafzuschlag bezahlen. Wem das mehrmals passiert oder wer den Zuschlag nicht zahlen kann, den zeigen die ÖV-Firmen bei der Staatsanwaltschaft an.

«Der Freiheitsfonds wurde selbst aktiv und rief einen grossen «Prison Break» aus.»

Diese verhängt eine Busse. Doch: Wer schon das Ticket nicht zahlen konnte, hat auch dafür kein Geld – und muss ins Gefängnis. Bei Bussen dauert der Freiheitsentzug höchstens drei Monate, bei Geldstrafen 180 Tage. Beides kann aber zu längeren Gefängnisaufenthalten addiert werden.

Ein Teufelskreis

Die Folgen auch einer kurzen Freiheitsstrafe sind schwerwiegend. Menschen können ihren Job, ihre Wohnung, ihr soziales Umfeld verlieren. Auch für die psychische Gesundheit ist das Gefängnis enorm schädlich. Ausserdem kommen viele ärmer raus, als sie reingingen, weil die

Preise fürs Telefonieren und den Kiosk sehr hoch und die Löhne tief sind. Es ist ein Teufelskreis: Wer Schulden hat, muss ins Gefängnis, kommt aber mit noch mehr Schulden und einem Haufen neuer Probleme wieder raus. Danach liegt ein ÖV-Billett erst recht nicht mehr drin.

Dabei ist Mobilität eine Grundvoraussetzung, um an der Gesellschaft teilzuhaben und die eigene Situation zu verbessern. Ohne ÖV können armutsbetroffene Menschen nicht zum Amt, nicht zur Gassenküche, nicht ins Internetcafé, nicht zu Familienmitgliedern, nicht zur Ärztin und nicht ans Bewerbungsgespräch.

Der Freiheitsfonds macht auf diese ungerechte Praxis aufmerksam. Im April lancierte er eine Petition. Darin forderten rund 4500 Menschen von der SBB und allen Transportunternehmen, Anzeigen wegen Fahrens ohne Billett zu unterlassen. Denn: Sie sind dazu weder gesetzlich noch gemäss eigener Richtlinien verpflichtet. Sie verfolgen diese Menschen aus eigenem Antrieb. Noch nahm keines der Unternehmen Stellung zur Petition.

Prison Break!

Daher wurde der Freiheitsfonds selbst aktiv und rief einen grossen «Prison Break» aus. Der Plan: Der Fonds sammelt mit einem Crowdfunding Geld, um damit die Bussen von Menschen zu zahlen, die wegen ÖV-Fahrens ohne Billett ins Gefängnis müssen oder schon dort sind. Das erste Ziel: 50 000 Franken. Wenn möglich, soll das Ziel erhöht werden – je mehr Geld gesammelt wird, desto mehr Leuten kann die belastende Gefängniseraufahrung erspart werden.

Das ÖV-Fahren ohne Billett ist nur einer von vielen Gründen, die in einer Ersatzfreiheitsstrafe münden können. Hinzu kommen etwa Bussen für Menschen ohne Aufenthaltsbewilligung. Falls der Freiheitsfonds genug Geld sammelt, sollen auch sie aus dem Gefängnis geholt werden.

Hilf mit, armutsbetroffene Menschen aus dem Gefängnis zu holen und kämpf mit uns gegen die ungerechte Ersatzfreiheitsstrafe.

Kollektiv Freiheitsfonds Schweiz



Tödliches Grenzregime

Wie Verantwortung ausgelagert wird

Kiri Santer's neues Buch rekonstruiert die europäische Externalisierungspolitik im Mittelmeer präzise und nah an den Kämpfen gegen das Grenzregime. Eine politische und ethnographische Analyse über Pushbacks, Recht und fragmentierte Verantwortung.

Sosf-Vorstandsmitglied Kiri Santer hat mit *The Borders of Responsibility. Migration Control in the Mediterranean Sea* ein eminent wichtiges Buch über die europäische Grenzpolitik geschrieben. Während das Sterben an Europas Aussengrenzen inzwischen weitgehend normalisiert ist und medial kaum noch Aufmerksamkeit erhält, rekonstruiert Santer präzise, wie diese tödliche Ordnung im Mittelmeer politisch, rechtlich und infrastrukturell hergestellt wurde.

Ausgehend von ihrer Arbeit auf dem Rettungsschiff *Aquarius* verfolgt das Buch die Entstehung des heutigen Externalisierungsregimes zwischen Europa und Libyen: von den Einsätzen auf See über maritime Rettungsleitstellen und juristische Auseinandersetzungen bis in die Büros von EU-Institutionen, Entwicklungsagenturen und internationalen Organisationen. Gerade diese ethnographische Bewegung zwischen Rettungsschiffen, Gerichten, Ministerien und europäischen Finanzierungsmechanismen macht eine besondere Stärke des Buches aus.

regulierte Zone, in der Seerecht, Menschenrechte, SAR-Regime, Entwicklungszusammenarbeit und Sicherheitslogiken ineinandergreifen. Gerade dadurch entsteht jene von Santer beschriebene Fragmentierung von Verantwortung, die europäische Einflussnahme und politische Nichtzuständigkeit zugleich ermöglicht.

Besonders überzeugend ist, dass Santer die Externalisierungspolitik nicht als monolithischen Masterplan beschreibt. Ihr Buch zeichnet vielmehr das Bild eines widersprüchlichen und umkämpften Grenzregimes, das permanent angepasst, juristisch abgesichert und gegen Kritik verteidigt werden muss. Die libysche Küstenwache, EU-Fonds, Offshore-Infrastrukturen, humanitäre Diskurse und strategische Gerichtsverfahren erscheinen dabei als Bestandteile derselben politischen Ordnung.

Grenzpolitik als umkämpftes Regime

Die Nähe zu den Kämpfen gegen das Grenzregime – vom Alarm Phone über die zivilgesellschaftliche Seenotrettung bis hin zu juristischen Interventionen – ist auf jeder Seite des Buches spürbar. Dass Kiri Santer heute im Vorstand von Solidarité sans frontières aktiv ist, überrascht nach der Lektüre kaum: Das Buch verbindet analytische Schärfe mit einer klaren politischen Haltung, ohne einfache Gewissheiten zu produzieren.



Kiri Olivia Santer (2026): *The Borders of Responsibility. Migration Control in the Mediterranean Sea*. Duke University Press. ISBN 978-1-4780-3866-5, 244 Seiten, \$29.95.

Die Architektur der Externalisierung

Im Zentrum steht die Analyse dessen, was Santer als «delegated control» und «non/influence» bezeichnet: Europa lagert Pushbacks und Gewalt nicht einfach aus, sondern schafft gezielt rechtliche und politische Arrangements, die Kontrolle ermöglichen und gleichzeitig Verantwortung fragmentieren. Das Mittelmeer erscheint dabei nicht als rechtsfreier Raum, sondern im Gegenteil als hochgradig

(Sn)

IMPRESSUM

BULLETIN
SOLIDARITÉ SANS FRONTIÈRES
erscheint viermal jährlich
ISSN 2673-768X
Auflage dieser Ausgabe
2500 deutsch / 750 französisch
Beglaubigte Auflage WEMF
2177 deutsch / 538 französisch
Gestaltung und Satz
Graziella Bärtsch und Moana Bischof

Druck und Versand
selva caro druck ag, Films Waldhaus
Redaktion
Sophie Guignard (Sg), Simon Noori (Sn), Peter Frei (Pf)
Übersetzungen
Sosf
Lektorat
Sosf
Fotos
Kira Kynd

Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe
10. Juli 2026

Wir behalten uns vor, Leser:innenbriefe zu kürzen.

Mitgliederbeitrag 2026 inkl. Abo:

Verdienende Fr. 70.- / Paare Fr. 100.- / Nichtverdienende Fr. 30.- / Organisationen Fr. 120.-

Abo

Einzelpersonen Fr. 30.- / Organisationen Fr. 50.-

Herausgeberin
Solidarité sans frontières
Schwanengasse 9
3011 Bern
(Zusammenschluss AKS/BODS)
Telefon 031 311 07 70
sekretariat@sosf.ch
www.sosf.ch

PC-Konto 30-13574-6
IBAN CH03 0900 0000 3001 3574 6
BIC POFICHBEXXX

Azizou Chéhou, Moctar Dan Yayé und Moctar Nalosso

Alarme Phone Sahara: Berichte von der europäischen Grenze im Niger

Im April trafen wir das Alarme Phone Sahara auf seiner Tournee durch die Schweiz und Deutschland. Für uns eine Gelegenheit, uns über die Entwicklungen seit dem Staatsstreich von 2023 im Niger zu informieren.

«Wir sind hier, um den Austausch zwischen Aktivist:innen aus dem Globalen Süden und dem Globalen Norden zu stärken. Angesichts der Krisen, unter denen die Welt fast überall leidet, wird das Zeit brauchen, aber wir werden es schaffen», sagt Moctar Dan Yayé vor einer kleinen Versammlung im ersten Stock der Brasserie Lorraine in Bern.

im Geheimen vom nigrischen Parlament verabschiedet wurde, ist aus diesem Knotenpunkt eine Grenze geworden. Die Behörden im Niger wurden zu Wächterinnen der Festung Europa, die jegliche Bewegung von Menschen kriminalisierten – sei es in Richtung Europa oder innerhalb des afrikanischen Kontinents.

«Die Behörden im Niger wurden zu Wächterinnen der Festung Europa, die jegliche Bewegung von Menschen kriminalisierten.»

Wir hatten uns dort bereits vor vier Jahren getroffen, während der letzten Vortragsreise des Alarme Phone Sahara. Die Aktivist:innen stellen damals ihre konkrete Antwort auf die Auslagerung der Grenzen vor: informieren, dokumentieren, helfen. Denn der Weg vom Niger nach Europa ist tödlich geworden. Die Region war schon immer ein Knotenpunkt, einer der zentralen Orte der zirkulären Migration auf dem afrikanischen Kontinent. Doch seit das Gesetz 2015/36, das den Transport von Migrant:innen unter Strafe stellte, ohne Debatte und quasi

Kriminalisierung bedeutet Gefahr: «Es mussten neue Routen gefunden werden. Die Menschen auf der Flucht sind dort durch Sicherheitskräfte, Banditen und andere kriminelle Organisationen bedroht», sagt Azizou Chéhou. Deshalb informiert das Team vom Alarme Phone Sahara Menschen auf der Flucht über die Gefahren, unterstützt sie über eine rund um die Uhr erreichbare Hotline und dokumentiert die tödlichen Folgen dieser Externalisierungspolitik.

Nach dem Militärputsch von 2023 wurde das Gesetz 2015/36 jedoch aufgehoben. Inhaftierte oder bestrafte Personen wurden rückwirkend begnadigt. Das neue Regime zeigt sich gegenüber der Europäischen Union weniger gefügig, doch die Regionen, durch die Menschen reisen, bleiben aus Sicherheitsgründen streng überwacht. Auch die Zivilgesellschaft steht unter Druck. Moctar Nalosso berichtet, dass seit 2024 mehr als 2000 Vereine

ANZEIGEN

Antifascist Intelligence

Können bald nur noch Reiche an die Uni? Seite 25
Die Freiwahl
WOZ
23. April 2026
No. 17

Jetzt abonnieren.
woz.ch/abo

selva caro druck ag

hier entsteht druck, der eindruck macht.
ein besonderer ort – mitten in der natur von flims waldhaus.

druck mit herz und präzision

als kleines, flexibles team setzen wir ihre aufträge mit leidenschaft und sorgfalt um. mit erfahrung, sorgfalt und spass an der arbeit begleiten wir projekte von der ersten idee bis zum fertigen druckprodukt.



7018 Flims t 081 911 22 55 mail@selvacaro.ch www.selvacaro.ch



ihre Aktivitäten einstellen mussten, weil sie den administrativen oder direkten Repressionen gegen ihre Mitglieder nicht mehr standhalten konnten.

Seit das Gesetz 2015/36 aufgehoben wurde, können die beiden Hauptstrassen des Landes wieder genutzt werden. An der Grenze werden Reisende jedoch erneut aufgehalten. Massenaus-schaffungen aus Libyen oder Algerien sind an der

«Der einzige Unterschied ist, dass die Grenzen noch gefährlicher geworden sind.»

Tagesordnung. Die Fahrzeuge, in denen sich die Menschen drängen, um die «grüne Grenze» zu überqueren, werden in der Gegenrichtung von riesigen, ebenso voll beladenen Lastwagen gekreuzt, die eigentlich für den Viehtransport gedacht waren. Der Unterschied zwischen diesen beiden Konvoi-Arten? Der eine, der für den Transport von Nigerier:innen, gilt als «offiziell», während der andere, der gemischt ist und an der Grenze aufgehalten wird, als «inoffiziell» gilt.

Das Gesetz 2015/36 ist weg, die Migrationsabkommen bestehen jedoch weiter. Aus Sicht der Europäischen Union bleibt die Begründung dieselbe: Migration eindämmen und den Handel der sogenannten «Schlepper» bekämpfen – während die Reisenden eher von «Transporteuren» sprechen.

Beim Essen nach der Veranstaltung frage ich Azizou Chéhou, ob diese Politik ihre Ziele erreicht habe. Er antwortet ohne zu zögern: «Wir beobachten weiterhin Migrationsbewegungen. Die Zahl der Menschen steigt sogar, da sie immer häufiger festsitzen – insbesondere in von der Europäischen Union oder der UNO finanzierten Lagern oder in den Städten entlang der Routen. Der einzige Unterschied ist, dass die Grenzen noch gefährlicher geworden sind.»

(Sg)

Agenda

Vollversammlung von Solidarité sans frontières

30. Mai 2026, 17:30 Uhr: Statutarischer Teil
30. Mai 2026, 19:00 Uhr: Vortrag und Diskussion mit Balthasar Glättli
Quartierraum Holligerhof, Holligerhof 8, Bern

Zusammen mit Balthasar Glättli, Sosf-Vorstandsmitglied und langjähriger Nationalrat der Grünen, reflektieren wir unseren Kampf für die Grundrechte. Anmeldung bitte per Mail an sekretariat@sosf.ch

Burn borders, build bridges

4. Juni 2026, 19 Uhr: Racial Capitalism: Wie Migrationskontrolle und Arbeitsausbeutung zusammenhängen
10. Juni 2026, 19 Uhr: Bewegungsfreiheit statt 10-Millionen-Schweiz
Zentralwäscherei, Neue Hard 12, Zürich

Veranstaltungsreihe der Bewegung für den Sozialismus (BfS) und Bewegungsfreiheit für alle (Bfa) gegen die 10-Millionen-Schweiz-Initiative.

Europas neues Asylregime

5. Juni 2026, 20:30 Uhr, CaBi Antirassismustreff, Linsebühlstrasse 47, St. Gallen

Workshop mit Lara Hoeft (Pikett Asyl) und Simon Noori (Sosf) zu den Verschärfungen des Asylrechts in der Schweiz.

Abolish GEAS

12. Juni 2026, 16 Uhr, Workshop zur GEAS-Reform, Brasserie Lorraine, Quartiergasse 17, Bern
12. Juni 2026, 18:30 Uhr, Demo
Waisenhausplatz, Bern

Anlässlich des Inkrafttretens des Asylpakts organisiert die Bfa einen Workshop zur GEAS-Reform und eine Demo gegen Europas Todespolitiken.

Zwischen uns keine Grenzen – egal woher wir kommen

26. September 2026, ab 14 Uhr,
Von der Schützenmatte zum Bundesplatz, Bern

Save the date! Themen und Forderungen folgen bald auf demo.sosf.ch.